Die 80. AnsprechBAR im Wahlkreis – Seite 1

Herzlichen Glückwunsch Julian Christ – Seite 1

Bahnhof Rastatt: never ending story? – Seite 1

Bundespräsident zu Besuch im Wahlkreis – Seite 2

Star.Energiewerke gegen PFC – Seite 2

Zum Gespräch in der Realschule Rheinmünster – Seite 2

Gemeinsames Fastenbrechen – Seite 3

Besuchergruppe in Berlin – Seite 3

Zu Gast bei den Mehrgenerationen-häusern – Seite 3

Arbeiten in der digitalen Welt – Seite 4

Kreisdelegierte treffen sich zum Parteitag – Seite 4

Bundesparteitag in Dortmund – Seite 4

Ehe für alle – Endlich umgesetzt – Seite 5

Auftakt in die heiße Phase des Wahlkampfes gestartet– Seite 5

Podiumsdiskussionen – Seite 6

Barbara Hendricks zu Gast in Baden-Baden – Seite 6

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag hat sich in die Sommerpause verabschiedet. In der letzten Sitzungswoche dieser Legislaturperiode haben wir die Ehe für alle beschlossen. Endlich! Denn es ist Zeit für gleiche Rechte. Mehr zu diesem Thema ist in dieser Ausgabe meines Newsletters zu finden.

Neben meiner Arbeit als Abgeordnete für Mittelbaden habe ich mich mit meinem Team intensiv auf den Wahlkampf vorbereitet. Dieser startet jetzt in die heiße Phase. Die Plakate sind gedruckt und die Kandidatenflyer liegen bereit. Noch sieben Wochen sind es bis zum Wahltermin. Sieben Wochen in denen ich für das Programm der SPD werben möchte.

Eine Bundestagswahl ist immer auch ein Wettstreit der Ideen. Wir haben gute Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft gefunden, wir stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft, wir stärken die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Betriebsräten und Gewerkschaften und wir werden die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen.

Ich wünsche Ihnen und Euch einen schönen Sommer und freue mich auf die zahlreichen Begegnungen! Bestimmt sehen wir uns auf meiner Wahlkampftour in Mittelbaden!

Herzlich

Gabriele Katzmarek

www.gabriele-katzmarek.de
gabriele.katzmarek@bundestag.de
www.facebook.de/GabrieleKatzmarek

Berliner Büro:
Gabriele Katzmarek, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 75107

Wahlkreisbüro:
Gabriele Katzmarek, MdB
Kapellenstraße 17
76437 Rastatt
Tel. 07222 9 333 444

Die 80. AnsprechBAR im Wahlkreis

Zu Beginn meiner Wahl zur Bundestagsabgeordneten lautete ein Versprechen, dass ich auch zwischen den Wahlen für die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden ansprechbar bin.

Ich habe mein Wort gehalten. In den vergangenen vier Jahren habe ich mit der AnsprechBAR, meiner mobilen Bürgersprechstunde, die Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis besucht. Am 6. Juni fand meine 80ste AnsprechBAR auf dem Marktplatz in Rastatt statt.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Ortsvereinen und bei den Jusos für die Unterstützung bedanken.

Herzlichen Glückwunsch Julian Christ

Lieber Julian, herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl als Bürgermeister von Gernsbach. Toll, dass Du Dich deutlich mit 83,6 Prozent der Stimmen gegen Deine vier Mitbewerber/ innen durchsetzen konntest. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Dir.

Ein großer Dank geht an den bisherigen Bürgermeister, unseren Genossen, Dieter Knittel.

Mit (v.l.n.r.) Dieter Knittel, Jasmin und Julian Christ. Foto: Stadt Gernsbach.

Bahnhof Rastatt: never ending story?

Am 11. Juli 2017 fand mit Vertretern der Bahn, den Sozialverbänden der Stadt und der Politik eine Besichtigung des – extra gesäuberten – Bahnhofs statt. Anschließend waren Bürgerinnen und Bürger zu einer Expertenrunde in der Reithalle eingeladen.

Wer gehofft hatte, ein klares Signal dafür zu bekommen, dass Gehbehinderte und Familien mit Kinderwägen nicht länger auf dem Bahnsteig stehen müssen, wurde enttäuscht. Auch blinde Menschen können nachwievor nicht ohne Hilfe den Bahnhof und Zugverkehr nutzen, da tastbare Bodenleitsysteme und vieles mehr fehlen. Weiterhin gibt es keine Zusage, die Finanzen für einen barrierefreien Umbau zur Verfügung zu stellen.

Für Menschen mit Behinderung ist die Sanierung des Bahnhofs kein Luxusproblem. Deshalb muss sich was tun.

Ich hatte mir mehr erhofft von der Infoveranstaltung der Deutschen Bahn. Selbstverständlich habe ich daran teilgenommen, denn ich habe die Bahn in mehreren Schreiben aufgefordert, hier vor Ort Rede und Antwort zu den Planungen für den Umbau zu stehen. Leider blieben die Vertreter der Deutschen Bahn sehr unkonkret.

Irgendwann in den nächsten zwölf Monaten soll eine Entscheidung darüber fallen, ob und wenn ja, ab wann es zum dringend notwendigen Umbau des Bahnhofes kommt. Das Angebot der Bahn, bis zu einer Entscheidung kleinere Schritte zu gehen, sofern geeignete Vorschläge der hiesigen Akteure gemacht werden, ist zwar rührig, löst aber nicht das Problem.

Der Bahnhof Rastatt muss umfassend und möglichst schnell barrierefrei umgebaut werden. Dabei bleibe ich.

www.gabriele-katzmarek.de
gabriele.katzmarek@bundestag.de
www.facebook.de/GabrieleKatzmarek

Berliner Büro:
Gabriele Katzmarek, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 75107

Wahlkreisbüro:
Gabriele Katzmarek, MdB
Kapellenstraße 17
76437 Rastatt
Tel. 07222 9 333 444

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu Besuch im Wahlkreis

Auf den Rundgang im Mercedes-Benz-Werk und einem Gespräch mit den Betriebsräten folgte die Besichtigung des Freiheitsmuseums in Rastatt. Zum Abschluss legte Frank-Walter Steinmeier ein Gesteck am Gedenkstein für die standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer, gestiftet von den amerikanischen und deutschen Sozialdemokraten, nieder.

Mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seiner Frau Elke Büdenbender in Rastatt. Foto: Federica Paganelli Overlack.

Als Außenminister hat Frank-Walter Steinmeier viele Länder gesehen, die von unserer Demokratie, unserer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit kaum zu träumen wagen. Auch bei uns mussten diese Rechte erkämpft werden, das sollten wir nie vergessen. Den begleitenden Schülerinnen und Schülern gibt er mit auf den Weg: „Politik fängt da an, wo sich jemand um mehr kümmert, als um sich selbst." So ist es!

Mit (v.l.n.r.) Jonas Weber, Kreisvorsitzender, Frank-Walter Steinmeier und Gunter Kaufmann, ehemaliger Landtagsabgeordneter. Foto: Federica Paganelli Overlack.

star.Energiewerke gegen PFC

Die PFC-Belastung der Böden und des Wassers in unserer Region ist eine große Herausforderung - insbesondere für die star.Energiewerke in Rastatt. Sie müssen gewährleisten, dass das Wasser höchste Qualität hat und gesundheitlich unbedenklich ist.

Gemeinsam mit Olaf Kaspryk, Geschäftsführer der star.Energiewerke, habe ich mir eine Aktivkohlefilter-Pilotanlage in Rauental angeschaut. Sie kann den PFC-Wert im Wasser reduzieren. Die Kosten dafür zahlen wir mit unserer Wasserrechnung. Nicht ganz fair, weil die Landesregierung unterstützen könnte und müsste.

Gemeinsam mit Olaf Kaspryk, Geschäftsführer der star.Energiewerke Rastatt.

Zum Gespräch in der Realschule Rheinmünster

Zu Besuch bei der Klasse 9a der Realschule Rheinmünster, vielen Dank für den interessanten Nachmittag.

Gemeinsames Fastenbrechen in Rastatt

Ein schöner Abend: zum Fastenbrechen hatte mich „Die Brücke für den Dialog“ eingeladen.

...und wie zu sehen ist: der Gegenbesuch in Berlin hat bereits stattgefunden. Nach einem Gespräch gab es eine Führung durch den Deutschen Bundestag. Ich habe mich sehr über den Besuch der Vertreterinnen der „Brücke für den Dialog“ in Berlin gefreut.

Solche Treffen sind wichtig für mich. Der Verein setzt sich für den interkulturellen Dialog und den konstruktiven Umgang mit kultureller Vielfalt, Integration und Interessen von Menschen ein. Die „Brücke für den Dialog“ lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder und Förderer. Das unterstütze ich, in Berlin und in Rastatt.

Eine weitere Einladung zum Fastenbrechen habe ich bekommen, dieses Mal in der Moschee in Rastatt. Der Dialog darf sich nicht auf eine einmalige Begegnung beschränken. Deshalb sind und bleiben wir im Gespräch.

Besuchergruppe in Berlin

50 interessierte Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und des Deutschen Roten Kreuzes aus dem Wahlkreis konnte ich in Berlin auf einer bildungspolitischen Fahrt begrüßen.

Das Gruppenfoto darf natürlich nicht fehlen.

Der Besuch des Bundestags mit dazugehörigem Foto vor der Reichstagskuppel standen dabei ebenso auf dem Programm wie ein Besuch in der Landesvertretung Baden-Württemberg, ein Rundgang durch das ehemalige Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, ein Informationsgespräch im Stasi-Museum sowie eine Stippvisite im Ministerium für Arbeit und Soziales.

Zu Gast bei den Mehrgenerationen-häusern in Bühl und Baden-Baden

Mehrgenerationenhäuser fördern gezielt das generationenübergreifende Miteinander. Jung und Alt und vor allem Familien können und sollen sich hier begegnen, voneinander lernen, miteinander aktiv sein und sich für die Gemeinschaft vor Ort stark machen.

Beim Kinder- und Familienzentrum der Stadt Bühl.

Dieses Miteinander konnte ich bei meinem Besuch im Scherer Kinder- und Familienzentrum in Baden-Baden und beim Kinder und Familienzentrum der Stadt Bühl miterleben. Beides tolle Einrichtungen, die vom Bundesfamilienministerium mit dem Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus II“ mit jeweils 30.000 Euro gefördert werden. Für mich ist das gut investiertes Geld. Gerne will ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass solche Orte Geld vom Bund bekommen.

www.gabriele-katzmarek.de
gabriele.katzmarek@bundestag.de
www.facebook.de/GabrieleKatzmarek

Berliner Büro:
Gabriele Katzmarek, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 75107

Wahlkreisbüro:
Gabriele Katzmarek, MdB
Kapellenstraße 17
76437 Rastatt
Tel. 07222 9 333 444

Arbeiten in der digitalen Welt

Über die Veränderungen der Arbeitswelt habe ich unter anderem mit Michael Brecht, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats von Daimler, einem jungen Startup-Unternehmer aus Berlin und einem Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuss diskutiert.

Foto: Andreas Amann.

Kurzfazit: Wir müssen in Schulen, Aus- und Weiterbildung investieren, wenn wir unseren Wohlstand sichern wollen. Und: Wir müssen genau hinschauen, wenn der Ruf nach mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit gefordert wird. Flexibel ja, aber der Ordnungsrahmen wie das Arbeitszeitgesetz zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss weiterhin gelten.

Kreisdelegierte treffen sich zum Parteitag

Vor vollen Rängen diskutierte ich mit der Kreis-SPD unsere Schwerpunkte für die Bundestagswahl. Im Mittelpunkt stand unser Programm, das wir in Dortmund beschlossen haben. Zentrale Punkte unterscheiden uns von der Union. Wir haben ein klares Rentenkonzept, mit dem wir das Rentenniveau stabilisieren wollen. Dies wollen wir ohne Erhöhung des Renteneintrittsalters erreichen. Die Union will die Rente mit 70. Wir wollen kleine und mittlere Einkommen bei Steuer und Sozialversicherung entlasten, indem wir unter anderem die Parität bei der Krankenversicherung wieder einführen und den Soli bis 2020 abschaffen.

Mit der Schaffung von 15 000 neuen Stellen bei der Polizei und der Stärkung der Justiz sind wir es, die ein klares Profil beim Thema innere Sicherheit haben. Wir wissen aber auch, dass unsere Zukunft in einem starken Europa liegt. Martin Schulz hat die Stärkung Europas zu seinem zentralen Thema im Wahlkampf gemacht. Nur ein starkes Europa sichert auf Dauer Frieden und Fortschritt für alle Europäer.

Bundesparteitag in Dortmund

Vom Bundesparteitag in Dortmund ging das starke Signal aus, dass wir die besseren Ideen haben. „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Das ist unser Anspruch", so Martin Schulz. Zusammen haben wir ein realistisches und umsetzbares Programm mit einer klaren Ausrichtung beschlossen: die SPD steht für eine moderne Politik, die Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg verbindet. Für eine Politik, die den Zusammenhalt gerade in Zeiten des Wandels sichert, für sichere Renten, bessere Bildungschancen und Lohngerechtigkeit.

Bei Steuern und Abgaben will die SPD 80 Prozent der Menschen entlasten, Spitzenverdiener und reiche Erben sollen hingegen mehr beitragen. Und bei der Rente wird das Rentenniveau gesichert – ohne bis 70 arbeiten zu müssen, wie es die CDU will. Mütter und Väter sollen außerdem dabei unterstützt werden, partnerschaftlich Beruf und Familie vereinbaren zu können. Die SPD setzt in diesen unsicheren Zeiten auf friedliche Konfliktlösung und Abrüstung – und nicht wie die CDU auf Aufrüstung.

Bei uns passen Programm, Partei und Personen zusammen. Die politische Konkurrenz hingegen hat nichts. Von der Kanzlerin bislang keinen Piep dazu, wohin sie dieses Land eigentlich steuern will. Sich auf den Lorbeeren der Vergangenheit auszuruhen, das reicht nicht mehr. Programm schlägt Raute!

Die Wahl ist noch nicht gelaufen. Stimmungen können sich in diesen Zeiten drehen, das haben wir im Guten wie im Schlechten erlebt: Beim Erfolg der SPD in Rheinland-Pfalz ebenso wie bei den Niederlagen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Es kann noch viel passieren, niemand sollte sich in Sicherheit wiegen – wenn es die politische Konkurrenz dennoch tut, umso besser.

www.gabriele-katzmarek.de
gabriele.katzmarek@bundestag.de
www.facebook.de/GabrieleKatzmarek

Berliner Büro:
Gabriele Katzmarek, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 75107

Wahlkreisbüro:
Gabriele Katzmarek, MdB
Kapellenstraße 17
76437 Rastatt
Tel. 07222 9 333 444

Ehe für alle – Endlich umgesetzt

Eine breite Mehrheit in der Bevölkerung wollte sie schon lange. 83 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürworteten die Ehe für alle, also auch für homosexuelle Partnerschaften. Nachdem Angela Merkel sich bei einer Veranstaltung in Berlin verplappert und wieder einmal eine Kehrtwende in ihrer Politik vollzogen hat, haben Martin Schulz und Thomas Oppermann, gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion, den öffentlichen Druck erhöht. Die Abstimmung zum Gesetz zur Ehe für alle konnte so noch in dieser Legislaturperiode herbeigeführt werden. Angela Merkels Plan, das Thema mit in den Wahlkampf zu nehmen, ist krachend gescheitert.

Auch die Behauptung der Kanzlerin, dass die SPD die gleichen Rechte für Schwule und Lesben in dieser Legislaturperiode nicht zum Thema gemacht habe, ist schlichtweg gelogen. Schon etliche Male haben wir dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht, immer hat die Union blockiert.

Beim Thema Ehe für alle geht es nicht nur um die gleichgeschlechtliche Liebe. Es geht um die Akzeptanz aller Lebensformen. Familie hat sich weiterentwickelt in unserem Land. Egal ob die klassische Familie mit Mutter-Vater-Kind, alleinerziehende Eltern, Regenbogen- oder Patchworkfamilien, all diese Modelle sind gleich viel wert. Und mit der Öffnung der Ehe für alle machen wir dies besonders deutlich.

Diskriminierungen haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch nie hingenommen. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern, und wenn wir damit die Union vor uns hertreiben, umso besser.

Auftakt in die heiße Phase des Wahlkampfes gestartet

Einen sehr schönen Abend verlebten viele Genossinnen und Genossen sowie viele Gäste in der Alten Kelter in Muggensturm. Eingeladen hatte ich zum Auftakt in die heiße Phase des Wahlkampfes.

Wir sind zwar bereits voll im Wahlkampf, ab jetzt jedoch erhöhen wir die Schlagzahl. Die Wahl ist noch lange nicht entschieden. Es lohnt sich zu kämpfen. Für ein gutes Ergebnis hier im Wahlkreis und dafür das Martin Schulz der nächste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wird. Jetzt geht’s los. Mehr Gerechtigkeit ist wählbar.

Podiumsdiskussionen

An zahlreichen Podiumsdiskussionen habe ich in den letzten Wochen und Tagen teilgenommen und dabei mit den Bundestagskandidaten der anderen Parteien diskutiert.

Bei der IG Metall in Gaggenau: Mitbestimmung ist ein sehr wichtiges Gut in Deutschland, davon brauchen wir mehr.

Beim Jugendforum in Bietigheim: Der AfD-Kandidat sieht es anders, ich bleibe dabei: Bildung muss kostenlos sein.

Im Wilhelm-Hausenstein-Gymnasium in Durmersheim: Themen waren innere Sicherheit und die Flüchtlingskrise.

Barbara Hendricks zu Gast in Baden-Baden

Unsere Bundesumweltministerin Barbara Hendricks war auf meine Einladung zu Gast in der Redaktion der Badischen Neuesten Nachrichten in Baden-Baden.

Natürlich ging es in dem Redaktionsgespräch um die für den Wahlkreis wichtige PFC-Problematik. Barbara Hendricks machte deutlich: Die Landesregierung muss sich endlich bewegen. Der Bund unterstützt gerne dabei. Die Ministerin plädierte dafür, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von Bund und Ländern einzurichten, die gemeinsam Vorschläge für das weitere Vorgehen vorlegen solle.